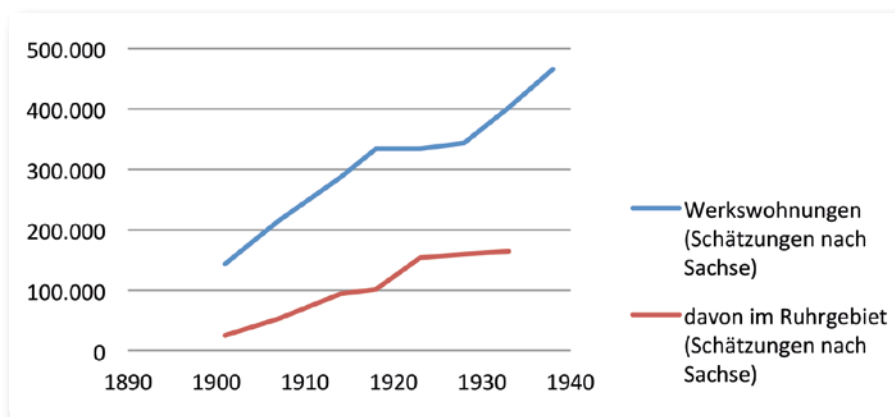


Inhalt

- 2 Integrationsgesetz:** Die Wohnungswirtschaft begrüßt die vorgesehenen Regelungen zur Wohnortzuweisung. Damit wird eine wesentliche Forderung des GdW umgesetzt.
- 3 Datenreport:** Die Ergebnisse des neu veröffentlichten Sozialberichts betonen die Notwendigkeit von Bildung für die gelungene Integration von Migranten.
- 4 Fachkonferenz:** Zum 30-jährigen Bestehen des Stadtbezirkes Hellersdorf findet im Juni in Berlin die Tagung „vom Neubaugebiet zur grünen Wohnstadt“ statt.

Studie: Mitarbeiter-Wohnungen sind ein wichtiger Strategie-Baustein für bezahlbares Wohnen

Berlin – „Ein verstärktes Engagement von Arbeitgebern beim Bau von Mitarbeiter-Wohnungen wird dabei helfen, unserem Ziel von jährlich 400.000 neuen Wohneinheiten in Deutschland näher zu kommen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu der am 2. Mai 2016 veröffentlichten Studie „Wirtschaft macht Wohnen“ des Bündnisses „Impulse für den Wohnungsbau“. Eine Renaissance der Werkwohnung könne damit ein wichtiger Baustein sein, Wohnen in Deutschlands Ballungsregionen wieder bezahlbarer zu machen.



Die überwiegende Zahl der Werkwohnungen in Deutschland entstand in den Jahren zwischen 1900 und 1940.

„Die Politik muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergreifen, damit in den beliebten Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten mehr bezahlbare Wohnungen entstehen“, betonte auch GdW-Geschäftsführer Dr. Christian Lieberknecht. Der GdW appelliert an Bund, Länder und Kommunen, den Wohnungsbau in den Ballungsregionen zielgerichtet zu fördern, um für viele Mieter untragbare Preise zu verhindern. Dazu gehören neben der Abgabe von Grundstücken nach Konzeptqualität anstelle von Höchstpreisen auch ein Stopp bei den Steuerpreisspiralen und wirksame Maßnahmen zur Senkung von Baukosten. „Die Ergebnisse der Baukosten-senkungskommission liegen auf dem Tisch,

jetzt muss endlich gehandelt werden“, so Lieberknecht.

Angesichts des steigenden Drucks auf Deutschlands Wohnungsmärkten müsse die Politik unverzüglich wirksame Maßnahmen ergreifen, jede zeitliche Verzögerung bei der Schaffung von Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau sei kontraproduktiv. Bei der kürzlich im Bundestag verschobenen Abstimmung über die steuerliche Sonderabschreibung zur Förderung des Wohnungsneubaus sollte die Zeit aber genutzt werden, diese nachzubessern. Als gleichwertiges Instrument sollte eine Investitionszulage eingeführt werden,

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Mehr Wohnungen genehmigt

Im Zeitraum Januar bis Februar 2016 wurden in Deutschland 33,1 Prozent oder 13.500 mehr Baugenehmigungen von Wohnungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, betraf das 54.200 Wohnungen. Eine höhere Zahl an genehmigten Wohnungen im entsprechenden Zeitraum hatte es mit 58.500 zuletzt im Jahr 2004 gegeben. (wi)

Verbraucherpreise voraussichtlich niedriger

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen am Verbraucherpreisindex – wird im April 2016 voraussichtlich minus 0,1 Prozent betragen. Wie das Statistische Bundesamt nach bisher vorliegenden Ergebnissen weiter mitteilte, sinken die Verbraucherpreise gegenüber März 2016 voraussichtlich um 0,4 Prozent. (wi)

Grünflächen in der Stadt von hohem Wert

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks setzt sich für eine Stadtplanung ein, die viele Grünflächen vorsieht. Das berichtete der *Tagesspiegel* in seiner Ausgabe vom 4. Mai 2016. Anlässlich der Veröffentlichung der Studie zum „Naturkapital in Deutschland“ des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung betonte sie, dass die Unterhaltungskosten angesichts des gesundheitlichen und sozialen Nutzens gering sein. Bäume und Grünflächen minderten nicht nur die Luftverschmutzung, sondern seien auch Treffpunkte der Stadtbewohner, so Hendricks. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

damit Wohnungsunternehmen – insbesondere Vermietungsgenossenschaften –, sich ebenfalls verstärkt für den Wohnungsbau engagieren können. Auch Ausbauten von Dachgeschossen und Aufstockungen von bestehenden Mietwohngebäuden sollten wie bei Büroimmobilien ebenfalls

durch die Sonder-AfA förderbar werden. Die Bundesregierung müsse nun jedoch aufpassen, dass sie die geplanten Anreize für den bezahlbaren Wohnungsbau nicht gleich wieder durch überhöhte energetische Gebäudeanforderungen im Zuge der Neukonzeption der Energieeinsparverordnung (EnEV) oder unsachgerechte Neure-

gelungen im Hinblick auf die derzeit in der Diskussion stehenden Mietrechtsverschärfungen ausbremst. (schilburk) ■

➔ Die Pressemitteilung des Bündnisses, die dazugehörige Präsentation und das Fazit der Verbände zum Download finden Sie unter diesem Kurz-Link: <http://goo.gl/V9oiWT>

Wohnungswirtschaft begrüßt Regelung zur Wohnortzuweisung

Berlin – „Mit dem Entwurf eines Integrationsgesetzes und den darin enthaltenen Regelungen über Wohnsitzzuweisungen wird eine unserer wesentlichen Forderungen auf den Weg gebracht. Wir brauchen Wohnortzuweisungen, um die Integration der nach Deutschland kommenden Menschen zu erleichtern und die Entstehung von sozialen Brennpunkten gerade in Ballungsgebieten zu verhindern“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zum neuen Referentenentwurf der Ministerien des Inneren und für Arbeit.

Der Entwurf sieht vor, dass bei wohnsitzzuweisenden Regelungen die persönliche Situation der Betroffenen berücksichtigt wird, Wohnortauflagen auf drei Jahre begrenzt werden und diese nur Anwendung für diejenigen finden, deren Rückkehr in ihr Heimatland auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist. „Damit ist der Entwurf eine ausgewogene Beratungsgrundlage und mit den Vorgaben des Europäischen Gerichts-

hofs über wohnortzuweisende Beschränkungen vereinbar“, so der GdW-Chef.

Für eine erfolgreiche Integration seien aber dringend weitere Anstrengungen notwendig: „Die Bewältigung der Flüchtlingssituation ist eine langfristige nationale Aufgabe. Denn Integration findet nicht nur im Bereich Arbeit und Bildung statt, sondern gerade auch in den Wohnquartieren“,

betonte Gedaschko. „Deshalb brauchen wir eine möglichst flexible Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt, die über die bisherige städtebauliche Gebietskulisse hinausgehen kann und die Integration in den Wohnquartieren stärkt. Gut funktionierende Nachbarschaften sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der Menschen in ihrer neuen Heimat“, so der GdW-Präsident. (burk/schi) ■

Bildung ist der entscheidende Faktor für eine gelungene Integration – umfassender Sozialbericht erschienen

Wiesbaden/Berlin – Im Vergleich zu Menschen in Deutschland ohne Migrationshintergrund sind Migranten deutlich jünger und öfter ledig. Zuwanderer in Deutschland sind auch geringer gebildet, seltener erwerbstätig, sie verdienen weniger und sind eher von Armut bedroht. Das sind nur einige Ergebnisse des am 3. Mai 2016 veröffentlichten „Datenreports 2016 – ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland“. Herausgegeben wird dieser vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Sozio-oekonomische Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Er kombiniert Daten der amtlichen Statistik mit denen der Sozialforschung und schafft ein umfassendes Bild der Lebensverhältnisse und der Einstellungen der Menschen.

Statistiker und Sozialforscher haben in dem Werk Zahlen und Befunde zu wichtigen Lebensbereichen zusammengestellt, unter anderem auch zu Migration und Integration. Dabei haben sie festgestellt, dass es große Unterschiede zwischen den Migrantengruppen gibt. Deutlich ist weiterhin der Einfluss der Bildung. Auch für Migrantinnen und Migranten gilt: Mit höherem Bildungsstand verbessern sich ihre Chancen am Arbeitsmarkt, sie erzielen höhere Einkommen und ihr Armutsrisiko sinkt.

Gut zwei Drittel der 15- bis 64-Jährigen mit Migrationshintergrund waren 2014 erwerbstätig – 11 Prozent weniger als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Berufliche Qualifikation und Erwerbslosigkeit hängen eng zusammen. Der Erwerbslosenanteil von Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss lag in der

Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei 10 Prozent und ohne Migrationshintergrund bei 11 Prozent. Mit steigender beruflicher Qualifikation sinkt das Risiko der Erwerbslosigkeit.

Bildung zahlt sich beim Einkommen aus

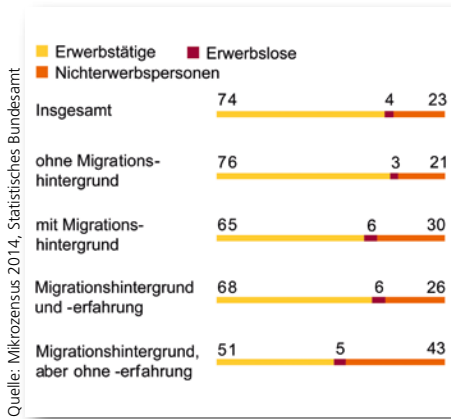
Die Bedeutung von Bildung zeigt sich auch beim Einkommen: 2014 verdienten Zuwanderer mit niedrigem Bildungsabschluss 272 Euro weniger als jene mit mittlerem Abschluss, diese wiederum 683 Euro weniger als solche mit hohem Abschluss. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund betrugen die Unterschiede 311 Euro und 963 Euro.

Ältere Migranten besonders von Armut betroffen

Zum ersten Mal berichtet der Datenreport

über die Lebenssituation älterer Migranten. 2013 waren 4,1 Millionen von ihnen mindestens 50 Jahre alt. Die Lebensverhältnisse dieser „Generation 50+“ sind stark durch ihre Bildungs- und Ausbildungsbiografien geprägt. Unter den älteren Migranten aus Gastarbeiter-Anwerbeländern hatten fast zwei Drittel keinen berufsqualifizierenden Abschluss, nur 50 Prozent gehen noch einer Beschäftigung nach. Über ein Viertel bezieht bereits eine Rente, meist aufgrund von Erwerbsunfähigkeit. Entsprechend hoch ist die Armutsquote: Knapp ein Viertel der 50- bis 64-Jährigen und gut ein Drittel der über 65-Jährigen sind armutsgefährdet. Damit ist ihr Armutsrisiko deutlich höher als das der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Etwas besser ist die Lebenssituation der älteren (Spät-)Aus-siedler: Drei Viertel der 50- bis 64-Jährigen

Weiter auf Seite 3 ➔



Übersicht: 15-64 jährige nach Beteiligung am Erwerbsleben in Prozent.

Fortsetzung von Seite 2

besitzen einen Berufsabschluss, drei Viertel gehen noch einer Erwerbstätigkeit nach. Trotzdem ist auch bei ihnen die Armutsquote mit 18 Prozent vergleichsweise hoch.

Migranten sind zufriedener und optimistischer

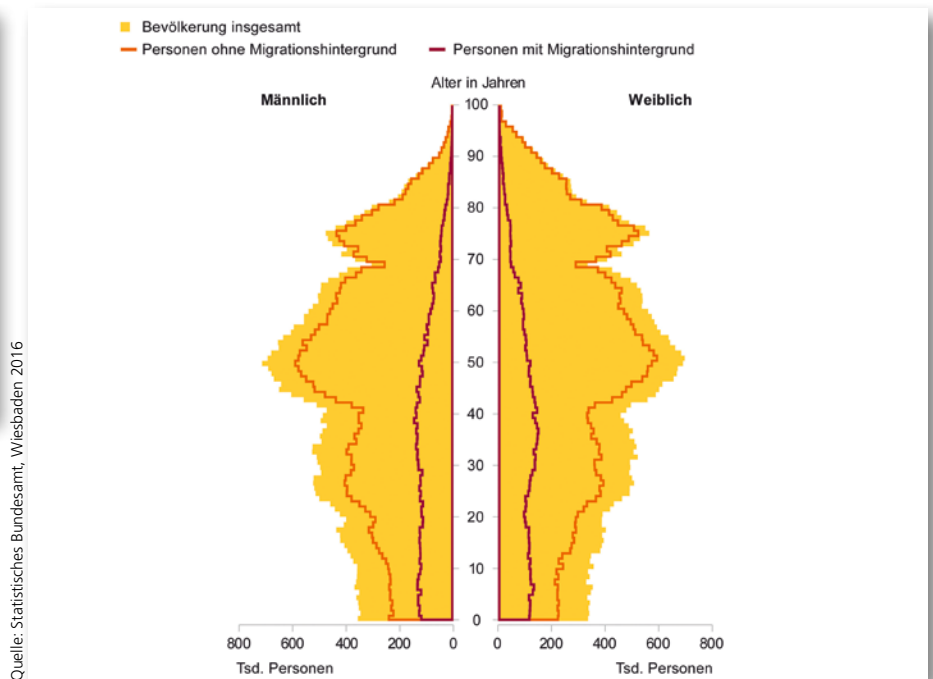
Migranten sind häufiger von Armut betroffen. So überrascht es nicht, dass sie ihren Lebensstandard und ihr Haushaltseinkommen schlechter bewerten als Menschen ohne Migrationshintergrund. Fragt man Migranten jedoch nach ihrer Zufriedenheit mit ihrem Leben im Allgemeinen, sind sie nicht überdurchschnittlich unzufrieden. Im Gegenteil: Sie sind sogar etwas zufriedener als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und blicken optimistischer in die Zukunft. Ihre Lebenszufriedenheit in fünf Jahren schätzen sie sogar deutlich besser ein als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Zugänge und Strukturen zu Bildungsangeboten für Migranten schaffen

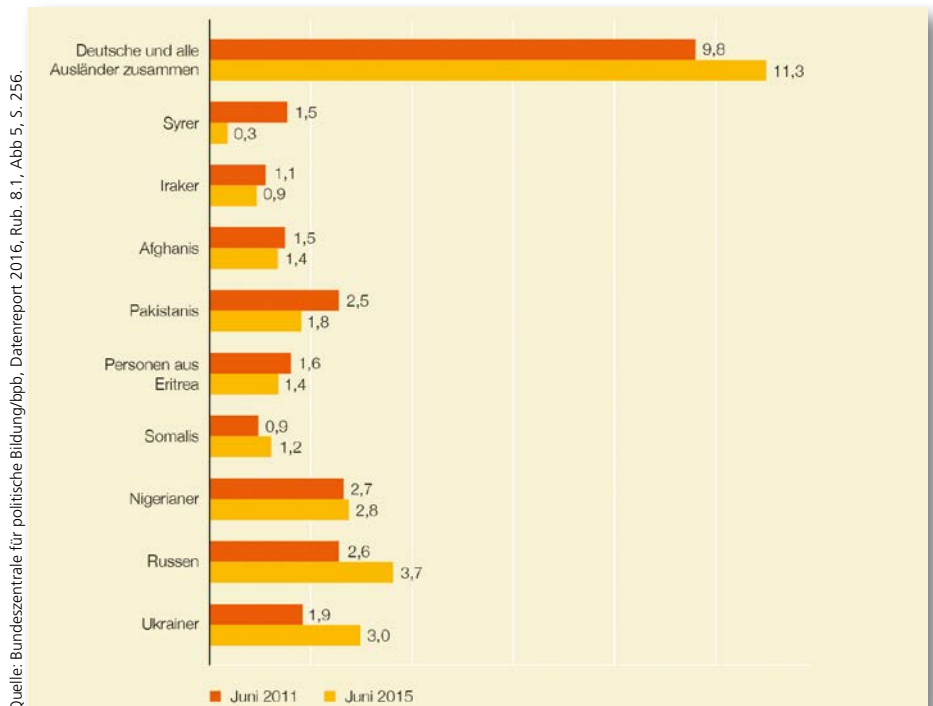
Migranten der ersten Generation sowie die der folgenden nehmen in unterschiedlicher Weise und Ausprägung am gesellschaftlichen Leben teil, und zwar abhängig von sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Außerdem ist die gesellschaftliche Teilhabe stark davon beeinflusst, wie durchlässig die Gesellschaft für Migranten ist. Integration darf demnach nicht als einseitiger Prozess betrachtet werden. Die Aufgabe der politischen Bildung ist es im Sinne einer beiderseitigen Integration, Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund zu liefern und gleichzeitig daran mitzuarbeiten, die in Teilen der Gesellschaft herrschenden Vorurteile abzubauen. (des/kön)

Weitere Informationen und den Datenreport zum Download finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/GKk7N3>

Die gedruckte Ausgabe des Datenreports 2016 erhalten Sie gegen eine Bereitstellungspauschale von 4,50 Euro über die Bundeszentrale für politische Bildung.



Ergebnisse des Mikrozensus: Bevölkerung nach Geschlecht, Migrationsstatus und Alter im Jahr 2014.



Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte je Arbeitslosen nach Nationalität

Anzeige

Wohnen

Mary wünscht sich ein ZUHAUSE. Dies ist ihr Traum aus Pappe und Papier. Jetzt baut sie in Wirklichkeit. Die DESWOS hilft ihr!

Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.

DESWOS-Spendenkonto
IBAN: DE87 3705 0198 0006 6022 21

deswos.de

Seminarreihe: „Zukunft Gutes Wohnen“



nende Ausblicke und hochkarätige Referenten aus unterschiedlichen Disziplinen. Zudem besteht die Möglichkeit, verschiedenste Praxisprojekte zu besichtigen. Dazu gehören unter anderem eine AAL-Musterwohnung und ein Wohn- und Quartierszentrum mit intelligenter Haustechnik sowie ein Sinnesparcour, in dem man Raum- und Produktinstallationen mal mit und ohne Handicap erleben kann. (kön) ■

➔ **Impressionen von vergangenen Veranstaltungen sowie ausführliche Informationen bekommen Sie unter:**
www.zukunftguteswohnen.de

Die Forschung beschäftigt sich seit Jahren mit dem demografischen Wandel und bietet Lösungen aus wissenschaftlicher Perspektive. Die Architektur steht vor der Herausforderung, mitarbeiter- und bewohnerfreundliche Raumlösungen zu gestalten, die im Pflegealltag überzeugen.

Die Veranstaltungsreihe „Zukunft Gutes

Wohnen“ beschäftigt sich mit Fragestellungen rund um Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen und lässt alle Disziplinen zu Wort kommen. Dies gelingt besonders durch die Kooperation mit dem Bund Deutscher Innenarchitekten. Die angebotenen Seminare setzen Impulse, bieten konkrete Lösungen und praktische Anregungen durch vielfältige Inhalte, span-

Die nächsten Termine:

19. Mai 2016, Weiterstadt
15. Juni 2016, Hamburg
28. Juni 2016, Köln
28. September 2016, Stuttgart
9. November 2016, Prien am Chiemsee

3. + 4. Juni 2016, Berlin

Fachkonferenz: 30 Jahre Wohnstadt Hellersdorf



Salomon Hochschule Berlin eine Fachtagung mit dem Titel „vom Neubaugebiet zur grünen Wohnstadt“. Die thematische Dreiteilung will die Leistungen würdigen, die bei der Weiterentwicklung des Bezirks von den Bürgerinnen und Bürgern, der öffentlichen Hand und der Wohnungswirtschaft erbracht wurden. Was war zu DDR-Zeiten geplant? Welcher Wandel vollzog sich? Welche aktuellen Herausforderungen gibt es? Das alles gilt es zu erforschen und aufzuarbeiten.

Im Jahre 1986 wurde der Stadtbezirk Hellersdorf gegründet, in dem das nach Marzahn größte Wohngebiet der DDR errichtet wurde. Die Realisierung durch Baukapazitäten der Wohnungsbaukombinate aller Bezirke der DDR ermöglichte eine differenzierte Gestaltung der einzelnen Baufelder. So sind hier nahezu alle Bautypen des DDR-Wohnungsbaus der späten 1980er Jahre vertreten. Und: Es ist möglich, einen in kürzester Zeit abgelaufenen gesellschaftlichen und baulichen Wandel nachzuvollziehen.

Das Beispielhafte dieses Prozesses führte vor 15 Jahren zur Gründung des Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. im Jahre 2001. Anlässlich des Jubiläums auf die Entwicklung der Wohnstadt wird zurückgeblickt, aber nicht in der Vergangenheit verharret, sondern auch die Zukunftsperspektiven diskutiert.

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der zweitgrößten Wohnstadt Deutschlands gibt es vom 3. bis 4. Juni 2016 in der Alice

Der Tagung schließt sich der Empfang des Kompetenzzentrums Großsiedlungen und die Möglichkeit des Besuchs des Hellersdorfer „Classic Open Air“ an. Am Folgetag wird eine Rundfahrt zu neuen Projekten angeboten. Die Besichtigungstour endet mit einer mit atemberaubender Aussicht über Berlin auf dem „Skywalk Marzahner Promenade“. (gräfl/hung/kön) ■

➔ **Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter diesem Kurz-Link:**
<http://goo.gl/Y6wQgD>

Hartz-IV-Empfänger als Mieter

19. Mai 2016, Berlin

Inhaltliche Schwerpunkte dieses Seminars sind Themen wie das Arbeitslosengeld II und aktuelle Rechtsprechung zu den Kosten der Unterkunft. Außerdem geht es um die Kooperation mit Jobcentern, anderen Behörden und externen Beratungsstellen. Auch die besonderen Verhandlungen für Einzelfälle stehen auf der Agenda. Lernziel ist es, Kenntnis der aktuellen Rechtsprechung des Zweiten Sozialgesetzbuches zu Unterkunftskosten zu erlangen. Zur Zielgruppe gehören Sozialmanager, Kundenbetreuer, Mietschuldnerberater und Mitarbeiter in der Vermietung.

Weitere Infos: BBA, Kathrin Rosenmüller, Telefon: 030/23085535,

E-Mail: kathrin.rosenmueller@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

Finanzierung der Wohnungsanpassung

24. Mai 2016, Dresden

Die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnungsanpassung ist ein komplexes Thema. Gute Beratung setzt die Kenntnis der entsprechenden Grundlagen und Regelungen verschiedener Landesregelungen sowie Sozialgesetzbücher und der KfW-Förderoptionen und deren Zusammenhänge voraus. Auch Steuerrecht spielt eine große Rolle. Zur Zielgruppe dieses Seminars zählen sowohl Vorstände als auch Sozialarbeiter.

Weitere Infos: VSWG, Cindy Habrom, Telefon: 0351/8070122, E-Mail: habrom@vswg.de,

Internet: www.vswg.de

Mietrecht für Makler

31. Mai 2016, Bochum

Makler werden schon früh in ersten Gesprächen und bei Besichtigungen von ihren Kunden mit mietrechtlichen Fragen konfrontiert. Beginnend mit Modalitäten zum Vertragsabschluss, über Mieterhöhungen bis hin zu Fragen bei Kündigungen, insbesondere bei Eigenbedarf. Die Gefahr, fehlerhafte Auskünfte zu erteilen, ist eklatant. Mangelnde Fachkenntnisse oder Falschauskünfte können enorm hohe Schadensersatzansprüche nach sich ziehen. Deshalb ist eine grundlegende Kenntnis von mietrechtlichen Themen für Makler von außerordentlicher Bedeutung.

Weitere Infos: EBZ, Franziska Jellema, Telefon 0234/9447582, E-Mail: f.jellema@e-b-z.de,

Internet: www.e-b-z.de

PERSÖNLICHES

Mirjam Luserke, Justiziarin des Verbands Sächsischer Wohnungsgenossenschaften, feierte am 29. April 2016 ihren 50. Geburtstag. Sie ist Mitglied im GdW-Fachausschuss Rechtsfragen und Verträge.

IMPRESSUM

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader,
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2016.
www.mediacycenter.haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

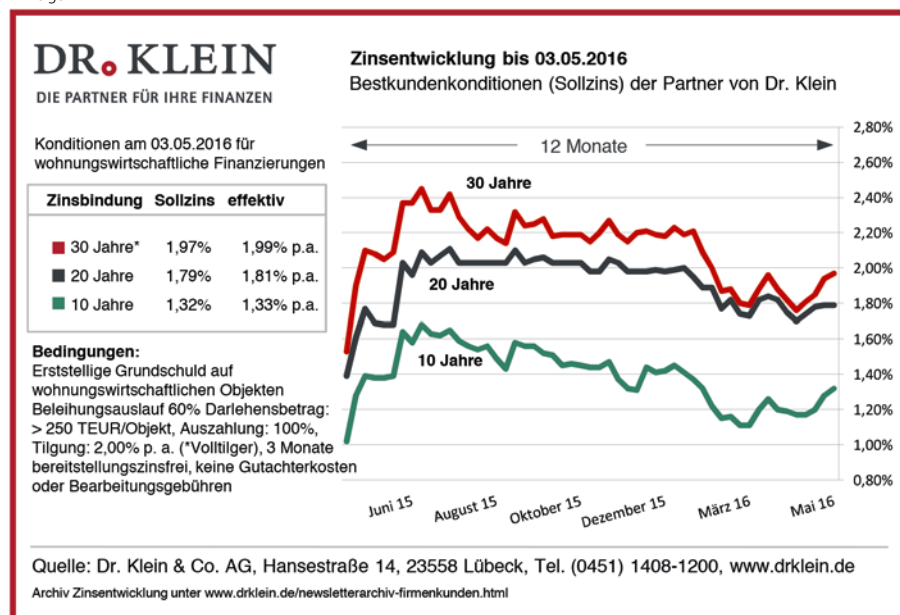
Bezugspreis jährlich:
115 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingese-
andte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige



wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

21. + 22. Juni 2016, Berlin

WohnZukunftstag und Preis Soziale Stadt 2016

Mit dem WohnZukunftstag veranstaltet der GdW am 21. und 22. Juni im Berliner Radialsystem V wieder seinen großen Innovationskongress. Das Format bindet die Teilneh-

mer intensiv und interaktiv in das Geschehen ein. Workshops, Produkte und Dienstleistungen zum Anfassen und Mitmachen ergänzen die hochkarätigen Vorträge im Plenum. Im letzten Jahr begeisterte der Kongress knapp 400 Besucher aus der Wohnungswirtschaft, Industrie, Dienstleistung und Politik. Schwarmstädte, Neubaustategien, Flüchtlingsunterbringung und Wohnungswirtschaft 4.0 lauten die Schwerpunktthemen in diesem Jahr. Am Abend des 21. Juni findet die traditionelle Housewarming-Party mit Übertragung des Fußball-EM-Spiels Deutschland gegen Nordirland statt.

Im Anschluss wird der Preis Soziale Stadt 2016 verliehen. Dieser ist eine Gemeinschaftsinitiative von Auslobern aus Zivilgesellschaft, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrt, Wissenschaft und Politik. Ziel des Wettbewerbs ist es, vorbildliche Projekte und Initiativen für eine soziale Stadt der breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen und damit deren Nachahmung zu fördern.

(eck/kön) ■

➔ Alle weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie hier: www.wohnzukunftstag.de



Foto: Event images Berlin

Beim letzten WohnZukunftstag brachte Sportstar Heike Drechsler die Teilnehmer in Bewegung.

Soziale Stadt
Preis Soziale Stadt 2016

Recht so**Mietminderung wegen Diebstahls**

Mit Urteil vom 13. April 2016 (Az.: VIII ZR 198/15) hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass der Mieter die Miete nicht mindern kann, wenn eine vereinbarungsgemäß im Keller der Mietwohnung eingelagerte Einbauküche des Vermieters gestohlen wird. In dem zur Entscheidung anstehenden Sachverhalt hat die Mieterin gebeten, die Einbauküche durch eine eigene Kucheneinrichtung ersetzen zu dürfen. Die Vermieterin akzeptierte dies unter anderem unter der Bedingung, dass die Mieterin die bisher eingebaute Küche auf ihre Verantwortung sachgerecht zu lagern und bei Beendigung des Mietverhältnisses auf Verlangen der Vermieterin den ursprünglichen bauseitigen Zustand wieder herzustellen habe. Die Mieterin zahlte die Miete inklusive des für die Einbauküche ausgewiesenen Zuschlags weiter. Die Einbauküche wurde sodann entwendet, die Versicherung zahlte einen Entschädigungsbetrag, der der Vermieterin zufluss. Daraufhin minderte die Mieterin. Zu Unrecht, wie der BGH meint. ■

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Eine Mietminderung besteht in den Fällen, in denen die Ist-Beschaffenheit von der Soll-Beschaffenheit negativ abweicht. Diese negative Abweichung besteht hier aber nicht. Denn die Parteien haben vereinbart, dass sich die Gebrauchsgewährungspflicht des Vermieters jedenfalls so lange nicht auf eine Einbauküche erstreckte, als die Beklagte die Wohnung selbst mit einer Küche ausgestattet hatte. Durch den Diebstahl ist also keine nachteilige Abweichung der Mietsache eingetreten. Ein zur Minderung führender Sachmangel besteht also nicht.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE**60.400**

Euro betrug der Median des Nettovermögens aller Haushalte in Deutschland 2014 nach Angaben der Deutschen Bundesbank. Um den Median zu bestimmen, werden die Haushalte zunächst nach dem Vermögen sortiert. Das Vermögen des Haushalts in der Mitte dieser Reihe stellt den Medianwert dar. Die Grenze für die vermögendsten 10 Prozent aller Haushalte lag 2014 bei 468.000 Euro. Der Anteil der vermögendsten 10 Prozent der Haushalte am gesamten Nettovermögen lag 2014 bei 59,2 Prozent. 2010 war der Anteil noch 0,6 Prozentpunkte niedriger gewesen. Die untere Hälfte der Haushalte mit weniger als 60.400 Euro Nettovermögen erreichte einen Anteil von nur 2,5 Prozent des Nettovermögens aller Haushalte in Deutschland. Die oberen 50 Prozent bis 90 Prozent aller Haushalte vereinen 37,7 Prozent des Nettovermögens auf sich, was in etwa ihrem Anteil an allen Haushalten entspricht. ■

Mat-Nr. 06505-5424